

Jour fixe vom 10.06.2024:

Der verspätete deutsche Haushalt: Vom aktuellen Imperialismus deutscher Nation – diesmal als Haushaltsfrage (GS 1-24) – Fortsetzung

Hinsichtlich der Schuldenbremse beharrt Lindner auf deren Einhaltung, um auch in Zukunft die Kreditwürdigkeit Deutschlands benutzen zu können, während Habeck sie zumindest temporär modifizieren bzw. aussetzen will, um den aktuellen Kreditbedarf zu sichern und gleichzeitig die Kreditwürdigkeit auf Dauer zu erhalten. Aus dem praktischen Hin und Her zwischen den verschiedenen Fraktionen lässt sich die theoretische Lehre über das Verhältnis von staatlicher Verschuldung und Finanzkapital erschließen. Im Teil II (S. 55) charakterisiert der Artikel zunächst den *Normalfall* und dann die *aktuelle Besonderheit* der deutschen Staatsverschuldung, die über diesen Normalfall bei weitem hinausgeht.

— *Im Normalfall gehört zu jeder Haushaltsdebatte die Lüge, man könne nicht über seine Verhältnisse leben; was man einnimmt, begrenze die Ausgaben. Zugleich weiß jeder, dass ein Staat für die Aufstellung und die Begleichung seines Haushalts auf Kredit zurückgreift. Dabei hat er die Geldquelle seiner Einnahmen, die Steuern, die er seiner Gesellschaft abknöpft, immer im Auge. Diese gilt es zu schonen, d.h. die Leistungskraft der besser Verdienenden und des Kapitals darf nicht beschädigt werden.*

Dass der Staat seine Geldquellen ‚schont‘ hat einen Grund und Inhalt: Die Erstellung eines Haushalts ist schließlich dem Interesse gewidmet, ein Kapitalwachstum im Land herbeizuregieren, weil an diesem Wachstum sein Haushalt hängt. Es liegt also unmittelbar in seinem Interesse, diese Geldquelle nicht überzustrapazieren, damit sie als Kapital weiter akkumuliert und ihm weiterhin zur Verfügung steht.

— *Die Dienste, die der Staat für das Wachstum zu erbringen hat, schließen daher auch die Notwendigkeit ein, sich von den Steuereinkünften zu emanzipieren und Kredit in Anspruch zu nehmen.*

Zum einen bezweckt der Staat grundsätzlich Wachstumsförderung und fördert die Ökonomie dementsprechend. Zum anderen will er *alle* seine Zwecke finanzieren, auch die, die nicht unmittelbar der Wachstumsförderung dienen. In Bezug auf den Haushalt, in dem alles, was er für nötig hält, aufgeführt wird, gilt ganz prinzipiell: das muss auch finanziert werden. Dafür beschafft er sich die Mittel.

Lindners dummer Spruch „Man kann nur ausgeben, was man erwirtschaftet hat“, ist insofern in doppelter Hinsicht eine Lüge: Weder ist das, was der Staat an Ausgaben plant, eine feststehende Größe noch die Höhe der Einnahmen. Über den Umfang des Steueraufkommens entscheidet ja der Staat ebenso wie darüber, wie weit er mit staatlichen Schulden darüber hinausgeht. Auch auf der Ausgabenseite entscheidet der Staat, welche Maßnahmen er für notwendig hält und dann auch finanziert.

— *Die staatlichen Projekte, für deren Finanzierung er Geldmittel braucht, dürfen nicht limitiert sein durch die Einnahmen, die er aus den Steuern erhält. Er verschafft sich dafür einerseits die Freiheit, sich zu verschulden. Diese Freiheit hat andererseits ihren Preis, den Zins. Der Staat macht sich als staatlicher Kreditnehmer also abhängig von der Beurteilung durch seine Gläubiger bezüglich seiner Bonität und Verlässlichkeit im Vergleich und in Konkurrenz zu anderen Kreditnehmern.*

— *Der Staat als Schuldner des Finanzkapitals muss das Interesse des Finanzkapitals nach Verwertung des Geldes anerkennen. Er ist jedoch ein besonderer Schuldner: Die Staatsschulden müssen sich nicht wie bei einer Firma durch kapitalistisches Wachstum als lohnende Schulden bewähren. Dennoch unterliegt er der Beurteilung durch das Finanzkapital, wie diese Schulden in seiner kapitalistischen Gesellschaft insgesamt als Wachstum beglaubigt werden.*

— *Dass der Staat mit einer florierenden Wirtschaft seine Produktivkraft für sie „beweist“ (S. 56 u.), erstaunt erst mal, weil er ja gar nicht das Subjekt der Wirtschaft ist. Der Witz ist: Wenn die Wirtschaft floriert, die Konjunktur ein Wachstum produziert, wird das genommen*

als Beweis für die staatliche Produktivkraft. Die besteht aber gerade nicht in der Produktion dieses Reichtums, sondern darin, dass er ein Land im Sinne der Interessen der privaten Subjekte, die sich der Vermehrung des Reichtums verschrieben haben, so regiert, dass es als kapitalistischer Standort erfolgreich ist. Der Staat legt es als Grundlage für seine Kreditwürdigkeit darauf an, dass der Erfolg seiner Kapitalisten genommen wird als sein staatliches Werk, mit dem er beweist: es lohnt sich, ihn zu kreditieren.

Das Finanzkapital ist dabei die beurteilende Instanz, dem muss die Staatsgewalt das beweisen und ihm Anhaltspunkte für dessen Vertrauen in seinen Erfolg bieten. Das bewertet es und je nachdem, wie sie zufrieden sind, fallen die Zinsen höher oder niedriger aus. Da findet ein permanentes Rating der Staaten statt.

Der Staat tritt an wie ein normaler Schuldner und bewirbt sich beim Finanzkapital um die Verleihung von Geld zu einem gewissen Zins. Er steht damit in Konkurrenz zu anderen Kreditnehmern, privaten Wirtschaftssubjekten oder anderen Staaten, die ihrerseits ihren Bedarf durchs Finanzkapital per Schuldenaufnahme gedeckt sehen wollen. Wie erfolgreich ein Staat sich beim Finanzkapital verschulden kann oder ob überhaupt, hängt von dieser vergleichenden Bewertung durch das Finanzkapital ab, das seine Spekulation betreibt. Aber es hat feste Kriterien, worin dieser Erfolg besteht und was der Staat dafür unter Beweis stellen muss. Das löst sich nicht einfach auf in die Sichtweise des Finanzkapitals. Wenn ein Staat mit der per Schulden betriebenen Politik tatsächlich ein kontinuierliches Wachstum an seinem Standort regiert – wo er ja selber gar nichts produziert oder akkumuliert –, stellt das für das Finanzkapital eine solide finanzielle Grundlage dar und das ist der vom Finanzkapital geschätzte und so beurteilte Beweis, dass es sich lohnt, weiterhin in die Finanzierung dieses Staates zu investieren. Das ist die im Artikel angesprochene Umkehrung: für das Finanzkapital ist das der Beweis, dass es *diesem Staat* gelingt, mit seiner durch Schulden finanzierten Politik dieses kontinuierliche Wachstum hervorzubringen, dass die Schulden dieses Staates „eine Vorwegnahme von gelingendem Geschäft in großem Stil“ (S. 56 u.) waren und also auch sein werden.

— Weil der Staat den Beweis erbringen muss, dass er mit seiner Politik Wachstum generiert, bemüht er sich um günstige Bedingungen für die Verwerter des Reichtums. Der Staat selber produziert ja kein Wachstum.

Das Wachstum ist die Summe der erfolgreichen Betätigung von Unternehmen an seinem Standort. Darauf kommt es dem Staat an, dafür braucht er die Finanzmittel, die er als Staatsverschuldung aufnimmt, um damit den Erfolg der privaten Unternehmen zu befördern; sei es durch die Vergabe von Subventionen, durch Förderprogramme, aber auch, indem er eine Infrastruktur aufbaut, für die Ausbildung von Fachkräften aufkommt und letztendlich für den sozialen Frieden sorgt. All das bewerkstelligt eine erfolgreiche Nation mit den Schulden, die sie für das Wachstum am nationalen Standort aufnimmt.

— Das vom Kapital bewerkstelligte Wachstum, das ein erfolgreicher Staat mit seinem Haushalt anstößt, ist für ihn die Grundlage für seine Bonität, das gibt ihm die Finanzmacht, sich mit Geld auszustatten.

Auf Grundlage dieser Bonität kann der Staat in neuer Weise dem Finanzkapital gegenüberreten und zwar mit dem Angebot, am Erfolg der Nation zu *partizipieren*. Durch den Kauf staatlich emittierter Wertpapiere darf es am Erfolg des Standorts teilhaben und daran verdienen.

— Die Formulierung, ein „Angebot, das das Finanzkapital nicht ablehnen kann“ (S. 56 u.) kommt so apodiktisch daher, als gäbe es da keine Entscheidung des Finanzkapitals mehr. Auch bei einem Staat vom Schlage Deutschlands, der immer bewiesen hat, dass sein Kredit akkumulierendes, konkurrenzfähiges Kapital im internationalen Maßstab darstellt, bleibt es doch Sache des Finanzkapitals, das Angebot im Vergleich zu anderen Staatspapieren entsprechend der Kriterien von Sicherheit und Rendite zu beurteilen.

Das ist ja vorher auch ausgeführt. Hier wird darauf hingewiesen, dass Deutschland zu jenen Staaten gehört, denen es gelingt, mit den Schulden ihren Standort so herzurichten, dass sie über ein sich stetig erweitertes kapitalistisches Wachstum verfügen. Für das Finanzkapital ist das der Beweis, dass sich Deutschland als Standort auch als Grundlage weiterer Verschuldung bewährt. Die Staatsschuld-papiere dieser Sorte von Staaten sind keine bedenklichen Schulden, sondern ein gutes Angebot ans Finanzkapital. Das schätzt diesen Schuldner als verlässlichen Garanten dafür, dass seine Papiere sich lohnen.

— Diese Staaten sind dann in der Lage als Emittent von Wertpapieren aufzutreten mit dem Versprechen einer Rendite. In den Händen der Finanzjongleure wird so eine Anlage, die sich als Kapital bewährt, selber wieder für weiteres Wachstum benutzt. Die Schulden haben dann die Qualität von Kapital. Nach allen Regeln der finanzkapitalistischen Kunst ist ein solches Staatspapier eine Anlage, die erstens Rendite verspricht und zweitens beständig immer wieder als weiter verwendbares Kapital genutzt werden kann.

Staaten wie Deutschland stehen also als ganz besondere Schuldner im Vergleich zu anderen da. Denen wird nicht einfach in spekulativer Weise zugutegehalten, dass sie geliehenes Geld in lukrative Geschäfte stecken, sondern dass sie mit ihrer Gewalt an ihrem Standort für ein funktionierendes kapitalistisches Geschäftsleben und Bankenwesen gerade stehen. Diese Ordnungsleistung für das Kapitalwachstum wird erfolgreichen Staatsgewalten angerechnet.

Und dann gilt: Papiere dieser Art, gleich ob deutsche, amerikanische oder kanadische, dürfen in keinem großen Portfolio fehlen. Denn das Finanzkapital braucht eine große Masse solcher soliden Papiere, um ein solides Geschäft zu betreiben. Über Staatspapiere dieser Kategorie zu verfügen, gehört zur fundamentalen Geschäftsgrundlage des Finanzkapitals.

— *Ein zusätzlicher Aspekt ist, dass der Staat auch das Geld, die Währung, in der er sich verschuldet, mit seiner Gewalt garantiert. Ein erfolgreicher Staat fördert, dass auf seinem Standort in seinem Geld kapitalistisches Geschäft gemacht wird, das die versprochene Rendite hervorbringt. So wird aus den beim Finanzkapital aufgenommenen Schulden sich vermehrender Reichtum, sprich Kapital in der jeweiligen Währung – und das befördert den Wert dieser Währung, macht sie zu einem guten Geschäftsmittel.*

So ist Deutschland ein Staat, der aus der Abhängigkeit vom Finanzkapital „eine sehr ergiebige Methode der Inanspruchnahme des Finanzkapitals“ (S. 57 o.) gemacht hat und es damit zu einer als solides Weltgeld geltenden Währung gebracht hat, in das die Inhaber weniger solider Währungen als sichere Anlage gehen.

*

Soweit der Normalfall: Schulden als Mittel, Wachstum zu finanzieren und dann auf erweiterter Basis sich mit verbesserter Kreditwürdigkeit immer weiter produktiv beim Finanzkapital zu verschulden. Der **aktuelle Sonderfall** ist, Deutschland geht darüber in entscheidender Weise hinaus. In der Sache geht es darum, die Schuldenbremse einzuhalten und daneben wegen der Zeitenwende ein Sondervermögen von hundert Milliarden Euro zu kreieren. Dieses Sondervermögen steht zu der Schuldenbremse in keinem Verhältnis, es wurde ja gerade getrennt vom normalen Haushaltsgebaren mit Zustimmung der Opposition aufgelegt. Was ist das für eine Auskunft über das Verhältnis von Staatsschulden und Finanzkapital?

— *Das deutsche Volk und das Finanzkapital werden damit konfrontiert, dass sich Deutschland ein ganz neues Gewaltpotential zulegt. Das ist die neue Normalität. Dieser Gebrauchswert der Macht soll mit den neuen Sonderschulden unabhängig von der Schuldenbremse eingekauft werden.*

Das hat sowohl eine quantitative als auch eine qualitative Seite. Der Zweck, für den das Geld ausgegeben wird, ist: die Bundeswehr muss enorm wachsen. Dieser Zweck begründet die neue quantitative Normalität der Staatsverschuldung, die in dem außerordentlich großen Finanzbedarf liegt, der über den bisherigen Haushalt weit hinausgeht.

— *Der enorme Finanzbedarf ergibt sich laut der Verteidigungspolitischen Richtlinien daraus, dass Deutschland „als wirtschaftlich leistungsfähiges Land in der Mitte Europas ... das Rückgrat für die kollektive Verteidigung in Europa“ ist (S. 57 u.). Hier wird der Zusammenhang zwischen der quantitativen und der qualitativen Seite der enormen Neuverschuldung im Sondervermögen hergestellt. Deutschland dehnt sein Gewaltpotential als Führungsmacht Europas aus.*

Das ist schon ein Hammer, wie sich aus der Banalität, dass Deutschland groß ist und eine florierende Ökonomie hat, die Notwendigkeit ergeben soll, sich als Kriegsmacht in Europa in führender Position aufstellen zu müssen. Wie wenn das, was sich die deutsche Regierung heute militärisch vornimmt, eine Selbstverständlichkeit wäre.

Die deutsche Nation nimmt sich vor, militärische Potenzen zu beschaffen, die sie in die Lage versetzen, aus eigener Macht Russland abzuschrecken und in der NATO der europäische Pfeiler zu werden. Deutschland will weltweit für die Ordnung eintreten können, aus der es seinen ökonomischen Erfolg bezieht. Damit reagiert Deutschland darauf, dass das Geschenk der geklärten Gewaltverhältnisse früherer Jahrzehnte verloren gegangen ist. Russland beugt sich nicht mehr der Ausdehnung der NATO. Die Führungsmacht USA will nicht mehr weltweit für alle die kapitalistischen Geschäftsbedingungen garantieren. Davon hat Deutschland bisher schmarotzt, weltweit Geschäfte gemacht und insbesondere über Russland billige und sichere Energie bezogen und von dessen großem Absatzmarkt gelebt.

— *Das ist ein Aufbruch fundamentaler Art: Deutschland will jetzt autonom seinen Machterwerb und -erhalt garantieren, sich zuverlässig als Abschreckungsmacht aufbauen und etablieren. Das ist es sich schuldig. Dazu muss es eine militärische Macht herstellen, die in Europa nicht nur Teil eines Bündnisses ist, sondern die Verteidigung Europas gewährleisten kann.*

— *Das, was sich der Staat da ganz autonom vornimmt, ist eine ganz neue Dimension an militärischer Machtentfaltung. Dazu verhält sich der Stellvertreterkrieg gegen Russland eher wie ein Anlass, der als Gelegenheit genutzt wird und weit über den Krieg in der Ukraine hinaus geht. Das gilt ebenso für das Verhältnis zu den Verbündeten, wo Deutschland sich zum entscheidenden europäischen Rückgrat, als europäische Führungsmacht in der Nato aufbauen will. Das Ganze ist, gemessen am gegenwärtigen Status Deutschlands, ein ziemlich größenwahnsinniges Vorhaben.*

— *Was ist mit „autonom“ oder „größenwahnsinnig“ gemeint? Deutschland will ja nicht auf die USA als „Schutzmacht“ verzichten und weiterhin im Rahmen der NATO agieren.*

Der Begriff „autonom“ ist im Vergleich dazu gemeint, wie Deutschland bisher von der Nato und der Schutzmacht USA profitiert hat. Im Unterschied dazu will sich Deutschland nun im Verhältnis zur Nato und zur Schutzmacht USA neu aufstellen. Es will mittels seines Gewaltpotentials nun selber in der Lage sein, Russland entgegen zu treten, sich als europäischer Pfeiler der Nato gegenüber Russland aufbauen und dieser europäische Pfeiler soll hauptsächlich in den Potenzen von Deutschland bestehen.

— *Die „neue Qualität der Bundeswehr“ besteht darin, in Europa aus eigener Machtvollkommenheit heraus über Gewaltpotenzen zu verfügen, die nicht nur Russland abzuschrecken vermögen, sondern darüber hinaus Deutschland eine herausragende militärische Führungsfunktion in Europa sichern.*

— *Dieses Aufbruchsprogramm, das Deutschland aus eigenem Anspruch heraus definiert und seinen Standort gezielt und zweckmäßig dafür ummodelliert und aufrüstet, ist alles andere als „größenwahnsinnig“. Mit diesem Begriff wird so getan, als wenn dieses Vorhaben keinerlei Maß an den Potenzen dieser Nation nimmt, wo es sich das doch gerade mit seinen Potenzen vornimmt.*

„Größenwahnsinnig“ verweist erst einmal nur auf die Differenz zwischen den Mitteln, die Deutschland hat, und dem, was es sich vornimmt. Nur gerät man da in eine ganz schiefe

Debatte dergestalt, ob diese Verschuldung verhältnismäßig zu den ökonomischen Potenzen Deutschlands ist oder nicht.

— Jetzt nimmt sich Deutschland das alles mit seinen Sonderprogrammen vor und nimmt dafür das internationale Finanzkapital in Anspruch. Das soll ja gerade mit dem Argument des deutschen Aufwuchses als künftige militärische und ökonomische Führungsmacht im Bündnis dafür gewonnen werden. Es soll auf das Gelingen dieses ambitionierten Projekts vertrauen.

— Und dieses Vertrauen lebt nicht wie in normalen Zeiten davon, dass der Staat die Kredite für die Förderung ökonomischen Wachstums ausgibt, sondern es wird massiv in so etwas Unproduktives wie Aufrüstung investiert. Also soll das Finanzkapital auf den damit finanzierten militärischen Machtzuwachs des Staates spekulieren. Das ist der Unterschied zu den normalen Finanzspekulationen.

— Und darin ist enthalten, dass das Finanzkapital in eine rasant wachsende Rüstungsindustrie investieren kann, das ist ja durchaus auch ein Angebot an das Finanzkapital.

— Das Rüstungskapital spielt in dem neu aufgelegten Sondervermögen eine Sonderrolle, das profitiert von den staatlichen Ausgaben für den Einkauf von Zerstörungsmaterial. In der Sache handelt es sich dabei um überhaupt nichts Wachstumsdienliches im ökonomischen Sinn. Spekulieren soll das Finanzkapital also auf den militärischen Machtzuwachs und damit auf die zunehmende Fähigkeit Deutschlands, als Ordnungsinstanz die Weltmarktbeziehungen maßgeblich zum eigenen Vorteil bestimmen zu können. Diese Sorte von Spekulation hat eine ganz andere Qualität, als wenn auf ökonomisches Wachstum spekuliert wird.

— Im Artikel ist das so ausgedrückt: das viele Geld wird in ein Projekt gesteckt, „das mit der Ankurbelung eines entsprechend groß dimensionierten nationalen Wirtschaftswachstums überhaupt nichts zu tun hat.“ (S.59 o.)

— Das unterscheidet sich aber doch vom normalen Verschuldungsfall nicht, auch wenn das viele Geld in eine enorme Aufrüstung gesteckt wird. Denn das Geld wird ja in die Erweiterung des weltweiten Machtzugriffs des Staates gesteckt, ist also nicht nur zum Verschießen da, sondern zur Absicherung von Machtsphären, in denen das Finanzkapital weltweit seine Geschäfte macht.

Das eine ist die gegenwärtige Aufbruchstimmung beim Rüstungskapital. An dieser Stelle festzuhalten ist jedoch, dass die Regierung das Finanzkapital auf den herbei zu regierenden zukünftigen Erfolg ihres neuartigen imperialistischen Machtzuwachsprogramms verweist, auf den es spekulieren soll und kann. Nämlich auf eine zukünftige, enorm potente Nation, die in der Lage ist, sich als Ordnungsmacht in Europa und der ganzen Welt so machtvoll aufzustellen, dass die Durchsetzung deutscher Interessen auf der Welt gewährleistet wird. Damit strebt Deutschland an, über die Potenzen zu verfügen, ihre ökonomische Basis machtvoll voranzubringen.

*

Parallel zur militärischen Aufrüstung ergreift die Regierung neue Maßnahmen zur Aufmöbelung ihres ökonomischen Standorts. Die Ausgaben für ihr ambitioniertes militärisches Aufrüstungsprojekt werden zunächst durch ein „Sondervermögen“ von 100 Milliarden Euro finanziert. Dabei bleibt es aber nicht. Vielmehr geht es darum, diese immensen Kosten auf Dauer zu tragen. Pistorius verkündet bei jeder sich bietenden Gelegenheit, dass in einer ganz anderen Dimension als gewohnt kontinuierlich sehr viel mehr Geld für Militärausgaben notwendig wird. Deshalb kommt die Regierung auf das ökonomische Wachstum als eines, das diesem militärstrategischen Anspruch gerecht zu werden hat. Darin steckt ein bemerkenswerter Übergang: Wachstum, um das es immerzu geht, kommt jetzt unter einem strategischen Blickwinkel ins Visier, nämlich als Grundlage dafür, dass sich Deutschland seinen militärischen Aufbruch dauerhaft leisten können muss.

— Das verlangt erstens mehr vom Gleichen, nämlich Wachstum in den Branchen, wo Deutschland ohnehin schon erfolgreich ist und zweitens vor allem die Beseitigung von
255 Abhängigkeiten in strategisch relevanten Sektoren, die die Grundlagen der Nation betreffen, wo man also führend sein muss, weil man nicht abhängig = vom Ausland erpressbar sein darf. Das betrifft den Energiesektor, die Halbleiterproduktion usw. Hierfür bedarf es einer grundlegenden strategischen Umrüstung der Ökonomie, die ihrerseits wiederum viel Geld kostet.

260 Dieses ökonomische Aufbruchsprogramm unter strategischen Gesichtspunkten ist eine Inanspruchnahme der kapitalistischen Wachstumspotenzen, über die die Nation verfügt. Es ist einerseits eine Inanspruchnahme derjenigen, die bei uns die Wirtschaft heißen. Die sollen sich in den Aufgabenfeldern bewähren, die schon skizziert worden sind: Zukünftig mit neuen Energien ihr Geschäft machen, entsprechende Umstellungen der Produktion
265 vorantreiben, sich in der Entwicklung neuer Technologien bewähren und mit der Neuausrichtung ihrer Lieferketten hervortun. Und genauso eine Inanspruchnahme derjenigen, die weniger maßgeblich sind: Das Volk muss sich als Mittel für dieses ökonomische Aufbruchsprogramm bewähren, also schauen, wie es mit den daraus resultierenden neuen Konditionen für die Verwendung seines Einkommens zurechtkommt.

270 — *Dieses Programm ist durchaus widersprüchlich: Verlangt ist einerseits von der ökonomischen Basis, sich in neuer Weise als Global Player erfolgreich durchzusetzen und gleichzeitig geht es um die Beseitigung „untragbarer“ Abhängigkeiten. Z.B. wird von der Autoindustrie einerseits erwartet, sich auf dem E-Auto-Markt durchzusetzen und gleichzeitig wird ihr erschwert, mit China billige Lieferketten zu organisieren oder Handel mit Autos zu betreiben.*

— *Für viele Kapitale bedeutet diese Umorientierung in der Produktion für das neue strategische Wachstumsprojekt Kapitalentwertung und deshalb gibt es z. B. das „Wachstumschancengesetz“. Wenn die bisherigen kapitalistischen Kalkulationen mit den Kostpreisen nicht mehr gelten, subventioniert der Staat die Industrie, auf die es ihm
280 ankommt, meldet also schon wieder Kreditbedarf an.*

— *Mit dem Abbau „untragbarer Abhängigkeit“ ist gemeint, dass die Industrie in ihren Geschäftsaussichten geschädigt werde und deshalb z. B. der europäische Markt vor der „Überflutung“ von chinesischen Produkten „geschützt“ werden muss.*

Der Artikel will durchaus sagen, dass bisher gepflegte Geschäftskalkulationen kaputt
285 gemacht werden. Die E-Autos sind dafür ein Beispiel. Wenn die Industrie jetzt statt mit billigem Gas mit teuren erneuerbaren Energien oder nicht vorhandenem grünen Wasserstoff arbeiten soll, macht das die bisherigen Kalkulationen kaputt und Geschäftsfelder müssen neu kalkuliert werden, z.B. in der Stahlerzeugung. In diesen Fällen sollen die Kapitale zu erforderlichen Umstellungen befähigt werden.

290 — *Das vom Staat dafür in die Welt gesetzte Maß heißt: Wenn schon wegen strategischer Interessen die deutsche Wirtschaft umgestellt werden muss, dann geht es in der Konkurrenz auch darum, die eigenen Kapitale als Weltmarktführer in diesen zukunftssträchtigen Branchen fit zu machen, sich also gegen US- und chinesisches Kapital durchzusetzen und nicht nur darum, weiter Geschäfte zu machen. Für dieses ökonomische Weltmacht-
295 Programm ist Kapitalgröße und technisches Knowhow nötig. Der Staat fördert das entsprechend, setzt seinen Kredit ein, nimmt Schulden auf. Und dem Finanzkapital soll einleuchten, dass sich eine Investition in diese Sorte Schulden auf jeden Fall für es selbst rentiert.*

— *Dabei geht es um die Eroberung ökonomischer Konkurrenzpositionen ausschließender
300 Natur, also einer Monopolstellung, und zwar als Gebot nationaler Sicherheit. Thyssenkrupp ist dafür ein aktuelles Beispiel: Der Konzern hat ein Problem, gegenüber dem billigen chinesischen Stahl am Weltmarkt zu bestehen. Für den Erhalt Deutschlands als bestimmenden Stahlstandort pumpt der Staat eine halbe Milliarde in den Konzern. Weil das*

305 *offensichtlich nicht reicht, steigt nun ein tschechischer Energiekonzern ein. Und auf einmal steht die gelaufene staatliche Unterstützung in der Kritik.*

— *Weltmarktführerschaft zu übernehmen bedeutet in diesem Sektor, dass die Stahlindustrie in Konkurrenz zu den maßgeblichen anderen Stahl-Produzenten auf dem Weltmarkt die Umstellung auf grünen Wasserstoff hinkriegt; dass sie erstens damit kostengünstig Stahl produzieren und Gewinn realisieren kann; dass zweitens über diese Technologie*
310 *Deutschland Marktführer auf dem Weltmarkt wird und andere Nationen sich diese Technologien bei deutschen Firmen beschaffen wollen oder müssen, damit sie ihrerseits ihre Stahlbranche aufrechterhalten können. In dem Sinne forciert der deutsche Staat dieses Aufbruchsprogramm.*

— *Das ist ein Beispiel für den Konkurrenzstreit zwischen den mächtigen imperialistischen*
315 *Nationen, welcher Energieträger derjenige wird, auf den die Geschäftswelt des Weltmarkts aus Kostengründen zukünftig umgestellt werden soll. Die deutsche Nation bringt ihre Wasserstofftechnologie in Anschlag als Waffe in dieser Konkurrenz, um sich auf dem Weltenergiemarkt eine marktbeherrschende Stellung zu erobern. Das ist die Konkurrenz um marktbeherrschende Standortvorteile, die sich vor allem gegen amerikanische oder*
320 *chinesische Kapitale richtet. Beherrschen bedeutet, andere Nationen, die bisher eine beherrschende Stellung innehatten, sollen diese verlieren. Das heißt dann „nationales Überlebensinteresse“ an einer Stahlindustrie.*

In dem Sinn kann man Thyssenkrupp auch als Beispiel nehmen für das, was „strategische Qualität des ökonomischen Aufbruchs“ heißt. Der Staat definiert Bereiche, in denen der
325 technologische Fortschritt ein nationales Anliegen und ein Gebot der nationalen Sicherheit ist. Die andere Bedeutung von „strategische Qualität“ und „Gebot nationaler Sicherheit“ wird an den einzelnen Branchen klar, die z. B. rüstungstechnisch relevant sind, Halbleiter etc.

Wichtig ist die Betonung: In sowieso für Rüstungstechnologie und militärischen Aufwuchs
330 einschlägigen Branchen achtet der Staat darauf, dass eine Standortaufrüstung zustande kommt. In diesem unmittelbaren Sinne ist es ein Gebot der nationalen Sicherheit. Aber auch in dem grundsätzlichen Sinne, dass die deutsche Regierung einerseits dem Wachstum in Deutschland verpflichtet ist, andererseits aber – und darauf kommt es hier an – die Leistung, die da durch das deutsche Kapital befördert werden soll, eine Leistung für den deutschen
335 Staat ist. Dieser Erfolg der deutschen Wirtschaft ist also ein Gebot der nationalen Sicherheit, weil der Staat das Wirtschaftswachstum braucht, um seine Machtambitionen realisieren zu können. Wie er in der Welt dasteht, was er im Verhältnis zu anderen Staaten vermag, hängt davon ab, dass seine Wirtschaftssubjekte mit ihrem Wachstum ihm die nötigen finanziellen Grundlagen schaffen. Nur wenn es gelingt, die Wirtschaftssubjekte dafür in die Pflicht zu
340 nehmen, kann Deutschland diese neue Machtposition erringen.

*

— *Der Artikel endet auf Seite 62 mit: „Alles nicht gerecht. Aber demokratisch so was von konsequent.“ Warum „nicht gerecht“, es ist doch alles rechtmäßig! Ist mit „demokratisch so was von konsequent“ gemeint: Es ist alles von den Herrschaften beschlossen (und deswegen*
345 *ist es doch auch wiederum gerecht)?*

„Demokratisch konsequent“ ist das, weil die Bürger für dieses Programm praktisch vereinnahmt werden. Der Haushalt ist die praktische Umsetzung dieser imperialistischen Projekte, mit dem Haushalt und dessen Exekution werden die Bürger dafür in Anspruch genommen, aber die demokratische Debatte thematisiert was ganz anderes, nämlich welche
350 Figur die Politiker dabei machen. Das ist „nicht gerecht“: die Regierung sieht sich bemüht, das, was sie sich vornimmt, ihrem Volk als Notwendigkeit nahezubringen und sich dabei ins rechte Licht zu setzen, dass und wie sie die Notwendigkeiten mit der nötigen Konsequenz und Umsicht betreibt und kommt *damit* beim Volk nur sehr bedingt an: Lindner wird Sturheit und Prinzipienreiterei vorgeworfen, den Grünen ideologische Verbohrtheit und dem
355 Kanzler mangelnde Durchsetzungsfähigkeit.

*

Beim **nächsten Jour Fixe am 24. Juni 2024** wird der zweite Artikel zur Staatsverschuldung auf der europäischen Ebene in GS 1-24 nur soweit besprochen, wie es dazu Fragen gibt. Hauptthema ist: „Israels Gaza-Krieg – Herausforderung an die Mächte und die Moralisten der imperialistischen Welt“ (GS 2-24), die ersten zwei Kapitel davon sind jetzt schon auf der Homepage verfügbar.